

552/A XXI.GP
Eingelangt am: 23.11.2001

Antrag

der Abgeordneten Dr. Alfred Gusenbauer, Dr. Cap
und GenossInnen

**betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XXI. Gesetzgebungsperiode des
Nationalrates vorzeitig beendet wird**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom ..., mit dem die XXI. Gesetzgebungsperiode des
Nationalrates vorzeitig beendet wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Der Nationalrat wird gem. Art. 29 Abs. 2 B-VG vor Ablauf der XXI.
Gesetzgebungsperiode aufgelöst.

Artikel II

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Begründung:

Die österreichische Wirtschaft schlittert gegenwärtig in eine tiefe Rezession. Nach Berechnungen des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung wird das reale Bruttoinlandsprodukt zumindest in diesem und im folgenden Quartal gegenüber dem Vorjahr schrumpfen. Das gesamte Wachstum wird heuer höchstens 1 % betragen. Der Zuwachs der privaten Konsumausgaben geht deutlich zurück, die Bruttoanlageinvestitionen sinken, die Zahl der Arbeitslosen steigt dramatisch an (im kommenden Winter wird die Zahl der Arbeitslosen um 35.000 höher liegen als im Vorjahr) und die Inflationsrate erreicht Rekordniveau.

Während die Bundesregierung sich auf die internationale wirtschaftliche Entwicklung herausreden und den Konjunktureinbruch verdrängen will, zeigen die Analysen der Wirtschaftsforscher eindeutig, dass die österreichische Rezession überwiegend hausgemacht ist. Wäre die Rezession vorwiegend durch den internationalen Wirtschaftseinbruch verursacht, dann müsste man diesen Einfluss an der Entwicklung der österreichischen Exporte erkennen können. Die Exporte steigen aber heuer real um 4,5 % und wachsen daher wesentlich rascher als die privaten Konsumausgaben, während die Investitionen sogar sinken. Der tiefe Einbruch bei den Bauinvestitionen (2. Quartal 2001: real - 5,5 %) und die Halbierung des Wachstums des privaten Konsums zeigen, dass die Rezession das Ergebnis der extrem restriktiven Budget- und Wirtschaftspolitik ist. *Dazu* kommt, dass alle relevanten österreichischen Wirtschaftsdaten erstmals schlechter als im Durchschnitt der EU sind. Das Herbstgutachten der Europäischen Kommission zeigt, dass Österreich Schlusslicht bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Spitzenreiter beim Nettoverlust von Arbeitsplätzen ist.

Entgegen den Ankündigungen in ihrem Regierungsprogramm („ausgabenseitige Budgetkonsolidierung“) hat die blau-schwarze Koalition ihr einziges wirtschaftspolitisches Ziel - das gesamtstaatliche „Null-Defizit“ - überwiegend durch drastische Steuererhöhungen, Einmaleffekte und Budgettricks erreicht. Die EU-Kommission hat nachgewiesen, dass die Bundesregierung durch

einnahmenseitige Maßnahmen das Steuerniveau allein heuer um ca. 50 Mrd. ATS angehoben hat. Die Steuer- und Abgabenquote in Österreich (die 1997 bis 1999 rückläufig war) steigt allein in einem Jahr von 43,5 % (2000) auf den historischen Höchstwert von 45,6 % (2001). Diese drastische Einnahmen Steigerung führt zu spürbaren Realeinkommensverlusten für die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung.

Zu diesem globalen restriktiven Effekt kommen die negativen Umverteilungswirkungen der Budgetpolitik der blau-schwarzen Bundesregierung, die die Konsummöglichkeiten der Österreicher und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter verschlechtern. Die Belastungsmaßnahmen treffen in erster Linie die unteren und mittleren Einkommensschichten, die weniger sparen können als obere Einkommensschichten. Durch die Belastungspakete - von der Erhöhung indirekter Steuern über den Sozialabbau bis zur Einführung von Studiengebühren - verlieren die Arbeitnehmer heuer ca. 33 Mrd. ATS, im nächsten Jahr 37 Mrd. ATS und 2003 40 Mrd. ATS.

Trotz der unübersehbaren negativen Auswirkungen ihrer restriktiven Budgetpolitik, die sämtliche sozial- und wirtschaftspolitische Ziele dem PR-Gag „Null-Defizit“ unterordnet, ist die Regierung nicht bereit, ihren verhängnisvollen Kurs aufzugeben. Da sie ihre Budgetziele - abgesehen von den enormen Steuererhöhungen - überwiegend durch Einmaleffekte erreicht, wird die blau-schwarze Bundesregierung zu zusätzlichen restriktiven Maßnahmen greifen müssen, die den Sozialstaat und die Finanzierungsbasis der Pensionen weiter gefährden werden. Die Null-Defizit-Politik führt nicht nur zu Null-Wachstum der Wirtschaft, sondern zur Unfinanzierbarkeit des österreichischen Sozialstaats.

Daher fordert die Sozialdemokratie die sofortige Realisierung eines umfassenden Wachstumsprogrammes, um die Rezession zu bekämpfen und Beschäftigung, Wohlstand und Zukunftschancen für alle Österreicherinnen und Österreicher zu sichern.

Dieses Wachstumsprogramm soll

- durch eine Steuersenkung für die unteren und mittleren Einkommensbezieher (Erhöhung der Absetzbeträge und der „Negativsteuer“) Inlandsnachfrage sichern,
- durch eine Verbesserung der Investitionsstruktur (Schwerpunktsetzung Innovation) den Strukturwandel begünstigen,
- durch ein Infrastrukturpaket den heimischen Betrieben Aufträge und damit den Beschäftigten Arbeit und Einkommen geben,
- durch eine breite Bildungsoffensive unsere Zukunftschancen wahren,
- durch einen Stopp des Ausverkaufs unserer Industrie-Flaggschiffe an ausländische Anleger, österreichische Headquarters, österreichische Handlungsspielräume und den heimischen Klein- und Mittelbetrieben damit ihre Aufträge sichern,
- durch die Verstärkung aktiver Arbeitsmarktprogramme Sicherheit und Flexibilität vereinen und den Menschen Chancen auf Beschäftigung wahren,
- durch die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages in der Höhe von 9 % Zukunftsinvestitionen und damit Beschäftigung in den Betrieben anregen,
- durch Intensivierung der Vorbereitungsarbeiten für die EU-Erweiterung zukünftige Wachstumschancen für Österreich nützen und
- durch die Einrichtung eines Liquiditätsfonds die Klein- und Familienbetriebe bei ihren notwendigen Investitionen unterstützen.

Im Gegensatz dazu vermindert die Bundesregierung durch eine völlig verfehlte Privatisierungspolitik die zukünftigen Wachstumschancen der österreichischen Wirtschaft. Große österreichische Industriebetriebe wurden zu Schlussverkaufspreisen an ausländische Anleger verschleudert, dilettantisch durchgeführte Börsegänge haben zehntausende österreichische Anleger finanziell geschädigt. Aus den ehemaligen Flaggschiffen der österreichischen Industrie werden verlängerte Werkbänke ausländischer Konzerne, was zu weniger Investitionen in Forschung und Entwicklung und weniger

hochqualifiziertem Personal führen muss.

Die völlig verfehlte Budget- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, deren Ziel nicht die Wohlfahrtssteigerung für alle Österreicher, sondern die größtmögliche Umverteilung von unten nach oben darstellt, gefährdet in unverantwortlicher Weise die Grundlagen des österreichischen Wohlfahrtsstaates. Die Zurückdrängung der österreichischen Kernaktionäre im industriellen Bereich, die Verringerung der Infrastrukturinvestitionen, die drastische Senkung der Zahl der Studierenden als Folge der Studiengebühren, die Senkung der Ausgaben für Bildung und Weiterbildung verringern das mittelfristige Wachstumspotential der österreichischen Wirtschaft und die zukünftigen Beschäftigungs- und Einkommenschancen der österreichischen Bevölkerung.

Aber auch das Modell des österreichischen Sozialstaates mit seinem solidarischen Lastenausgleich zwischen Reich und Arm, Gesund und Krank wird von dieser Regierung in seinen Grundfesten erschüttert. Durch die Maßnahmen der Bundesregierung droht es zu einer Zwei-Klassen-Medizin zu kommen. Das bewährte Gesundheitssystem Österreichs, das hohes internationales Ansehen genießt, wird damit insgesamt in Frage gestellt und die

Krankenkassen werden in ein finanzielles Desaster geführt. Neueste Gutachten ergeben einen jährlichen Abgang von über 3,7 Mrd. ATS.

Doppelt getroffen werden Österreichs Pensionisten, die nicht nur höhere Leistungen für die Gesundheitsversorgung zu erbringen haben, sondern auch noch mit Pensions"erhöhungen" deutlich unter der Inflationsrate abgespeist werden.

Ein besonderer Akt der Ungerechtigkeit stellt das Vorhaben der Bundesregierung dar, Beamten einen Pensionsantritt mit 55 Jahren und 80 Prozent ihres Letztbezuges zu ermöglichen, andere Bevölkerungsgruppen jedoch einen Pensionsantritt mit 65 zuzumuten und mit hohen Pensionsabschlägen zu bedrohen. Auch hier wird der Grundsatz der Gleichbehandlung von der Regierung auf das schwerste verletzt.

Aber nicht nur im Bereich der Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialpolitik zeigen sich die verhängnisvollen Auswirkungen der Regierungspolitik, auch in anderen Politikbereichen gefährdet die chaotisch agierende Bundesregierung die fundamentalen Interessen der Österreicher.

Bei den ungelösten Sicherheitsproblemen des tschechischen AKW Temelin ist die Bundesregierung hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise vor allem aber hinsichtlich der Frage der Sinnhaftigkeit eines Vetos gegen den Beitritt der tschechischen Republik völlig uneinheitlicher Meinung. Während die FPÖ mit einem Veto droht, lehnen Teile der ÖVP das Veto ab. Bundesminister Molterer drängt, den Melker Prozeß und die Verhandlungen über das Energiekapitel rasch abzuschließen, gewichtige Landeshauptleute der ÖVP hingegen sympathisieren mehr oder weniger offen mit der Vetodrohung. Die Distanzierung des Bundeskanzlers von der "Vetokeule" wird dadurch in Frage gestellt. Erfolgreiche Verhandlungen mit der tschechischen Republik über eine

Lösung der Sicherheitsprobleme Temelins werden durch die permanenten Vetodrohungen der FPÖ, die einem Mißtrauen gegenüber den verhandelnden VP-Regierungsmitgliedern gleichkommen, erschwert, wenn nicht verunmöglich. Das legitime Sicherheitsbedürfnis der österreichischen Bevölkerung droht dabei auf der Strecke zu bleiben. Zudem ist es der österreichischen Bundesregierung nicht gelungen, bei den EU-Partnern Unterstützung für Österreichs berechtigte Sicherheitsinteressen zu finden geschweige denn einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie zu forcieren.

Ebenso wie bei Temelin wird nun auch bei der Transitfrage von Teilen der Regierungsparteien mit einem Veto gegen die EU-Erweiterung gedroht. Auch hier wird versucht, durch Drohungen die eigene Säumigkeit, eine Nachfolgelösung für den Transitvertrag zu verhandeln, vergessen zu machen. Und so wie bei Temelin droht auch hier durch die Veto-Drohung eine Schwächung der Verhandlungsposition Österreichs und kommt der Zeitpunkt unaufhaltsam näher, wo Österreich sowohl in der Nord-Süd- als auch der Ost-West-Richtung von einer Verkehrslawine überrollt zu werden droht.

Die historische Chance Österreichs bei der Erweiterung der EU eine zentrale Rolle einzunehmen, wird von dieser Regierung nicht nur verspielt, sondern sie gefährdet dieses auch friedenspolitisch wichtige Jahrhundertprojekt insgesamt.

Auch mit ihrem aufgeblähten, hochbezahlten und ständig fluktuierendem Mitarbeiterstab gelingt es dieser Regierung nicht, professionell zu agieren. Zur gesamtwirtschaftlichen Verschwendungen durch die Vernichtung von Wachstums- und Beschäftigungschancen kommt damit die Verschwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung hinzu, die durch die chaotische Politik ausgelöst wird.

Aus all diesen angeführten Gründen muss so rasch wie möglich ein grundlegender Wandel in der Politik herbeigeführt werden, was nur durch rasche Neuwahlen zu verwirklichen ist.

Zuweisungsvorschlag: Verfassungsausschuss